Mitteilungsblatt des GVV Burgenland **2/2023**

NEUE GEMEINDE info

www.gvvbgld.at

Der GVV Burgenland war prominent am Österr. Gemeindetag 2023 vertreten: Kommunen fordern mehr Geld aus dem FAG S. 8 - 9

Novelle VRV 2015: Bestimmungen sind erstmals bei den Voranschlägen und Rechnungsabschlüssen für das Finanzjahr 2024 anzuwenden S. 9

GVV Präsident Erich Trummer und sein Team wünschen einen erholsamen Sommer!

Verdiente Kommunalpolitiker geehrt: GVV sagt Danke für jahrzehntelangen Einsatz und Engagement im Interesse der Gemeinden S. 6, 7

Klartext!

Bgm. Erich Trummer
Präsident GVV
Burgenland

Struktur- und Finanzverbesserungen für Kommunen sind dringlich!

Geschätzte Bürgermeister*innen und Vizebürgermeister*innen!
Liebe Gemeindevertreter*innen!
Sehr geehrte Damen und Herren!

Am 1. Jänner 2024 startet eine neue Finanzausgleichsperiode. Die bisherigen Verhandlungen haben gezeigt, dass gerade die Länder und Gemeinden mit einer enormen Aufgaben- und Ausgabendynamik konfrontiert sind, die vom Gesundheits- und Pflegebereich bis hin zum (Elementar) Bildungs- und Sozialbereich reicht. In der derzeitigen Mittelzuteilung des verbundenen Steuersystems auf die Bundes-, Landes- und Gemeindeebene wird diesem Aufgabengefüge nicht mehr Rechnung getragen, was zu Finanzierungslücken auf regionaler und lokaler Ebene führt.

Die vergangenen Jahre ohne SPÖ-Regierungsbeteiligungen zeigen uns, dass sowohl unter Türkis-Blau als auch unter Türkis/Schwarz-Grün die Gemeinden finanziell unter Druck gekommen sind und offenbar auch der Stellenwert der Gemeinden für die Bundesregierung gesunken ist. Letztlich wurden wir vorrangig dann gerufen, wenn die Regierung nicht mehr weiterwusste, wie zum Beispiel bei Corona- und Ukraine-Vertriebenen Hilfsaktionen. Wirksame, auflagenfreie Finanzhilfen für die Gemeinden blieben aber aus.

Deshalb haben wir vom GVV Burgenland ein klares Positionspapier in die Finanzausgleichsverhandlungen eingebracht, dass in vielen Punkten mit einer Resolution des Gemeindebundvorstandes an den Bund beschlossen wurde. Gerade angesichts der laufenden Finanzausgleichverhandlungen ist aber auch die pragmatische Durchsetzungskraft von Hans Peter Doskozil sehr wichtig. Zumal die Bundesregierung ein nicht akzeptables Forderungspaket, adressiert an Länder und Gemeinden, auf den Tisch gelegt hat. Landeshauptmann Doskozil, der auch die Probleme der Gemeinden sehr gut kennt und mit dem wir als GVV Burgenland in enger Abstimmung sind, wird sicherlich ein starker Partner für uns als Gemeindevertreter*innen sein.

Jedenfalls werden wir uns vom GVV Burgenland mit unserem „drei kleinen s-Erfolgsrezept“ als starke Vertreter unserer Gemeinden weiter einbringen. Wir werden gemeinsam mit „strategischen Arbeiten, strukturierten Arbeiten und seriösen Arbeiten“ weiterhin für die dringlich erforderlichen Struktur- und Finanzverbesserungen für unsere Gemeinde brennen und rennen! Und dafür darf ich mich sehr herzlich bedanken und wünsche einen schönen Sommer.

Mit freundschaftlichen Grüßen
Euer

Erich Trummer,
GVV Präsident

Burgenland Energie senkt Preise für Haushalte und für Gemeinden

Die Burgenland Energie gibt fallende Energiepreise an den Märkten weiter und senkt die Preise für ihre Kundinnen und Kunden. Privathaushalte profitieren davon ebenso wie Gemeinden.

SPÖ-Energiesprecher und Bürgermeister von Olbendorf LAbg. Wolfgang Sodl begrüßt diese Maßnahme: „Die Burgenland Energie war und ist treuer Partner für ihre Kundinnen und Kunden und gibt die gesunkenen Preise nun weiter. Das sorgt für eine Entlastung in angespannten Zeiten“, erklärt Sodl und ergänzt: „Der vergangene Winter bzw. die vergangene Heizperiode war für enorm viele Menschen geprägt von Zweifel und Sorgen. Neben der Burgenland Energie, die beispielsweise einen Fixtarif als Entlastungsmaßnahme angeboten hat, hat das Land Burgenland bereits zuvor den Wärmepreisdeckel für Haushalte mit einem maximalen Jahresnettoeinkommen von 65.000 Euro geschaffen. Damit hat das Land bis hinein in den Mittelstand die Menschen unterstützt“, so der Energiesprecher.

SPÖ Energiesprecher und GVV Präsidiumsmitglied Bgm. LAbg. Wolfgang Sodl

Angebot der Burgenland Energie entlastet die Gemeinden

„Wir alle haben in den vergangenen Tagen und Wochen die fallenden Energiepreise auf den Märkten beobachtet. Deshalb gab es unsererseits diverse Gespräche mit den Vertretern unseres Stromanbieters Burgenland Energie, um die Energiekosten für die burgenländischen Gemeinden entsprechend auf ein niedrigeres Niveau zu bringen“, sagt GVV Präsident Erich Trummer.

Die Eckpunkte des des ab 1. Juli gültigen „Gemeinderabattes“ sind:

- eine Rabattierung auf den Arbeitspreis der Gemeindetarife in der Höhe von 25% – unabhängig von bisherigen Bindungen Zum Beispiel würde beim Tarif „Gemeinde 12 Unabhängig“ der Strompreis auf 17,50 Cent pro Kilowattstunde gesenkt, statt des Basispreises von 23ct/kWh.
- Die Rabattierung soll für 12 Monate gelten und ab 01.07.2023 gültig sein, bis Ende der Vertragslaufzeit. Bei Gemeinden im Tarif „Gemeinde Unabhängig“ gilt die Rabattierung bis 31.3.2024.
- Die Bindung soll 12 Monate ab Vertragsabschluss gelten (bei Gemeinden die bereits im Tarif „Gemeinde Unabhängig“ sind bis 31.3.2024 – diese Gemeinden können jedoch auch wieder aktiv zu einem späteren Zeitpunkt per 01.07.2023 in den Tarif „Gemeinde Unabhängig“ wechseln – Bindung und Rabatt gilt dann bis 30.6.2024)
- Dieser Rabatt gilt auch für die Tarife „Gemeindetarif I“, „Gemeindetarif II“, „Gemeindetarif III“ und „Gemeinde 12 Unabhängig“ (ACHTUNG: Gemeinden mit sogenannten „Key Account – Verträgen“ sind von dieser Rabattierung ausgenommen)
- Gemeinden die derzeit nicht im „Gemeinde 12 Unabhängig“ sind (und derzeit „Gemeindetarif I“, „Gemeindetarif II“ „Gemeindetarif III“ abgeschlossen haben, können im Zuge dieser Rabattaktion umsteigen und erhalten ebenso den Rabatt.
- Für Gemeinden, die noch nicht auf den „Gemeinde 12 Unabhängig“ gewechselt sind, besteht nach wie vor die Möglichkeit, auf diesen rückwirkend mit 01. April 2023 umzusteigen.

WIR GRATULIEREN

Der GVV Burgenland wünscht alles Gute zum Geburtstag!

BGM.
Günter SCHMIDT
Rohrbach
60

BGM.
G. PETSCHOWITSCH
Horitschon
60

BGM.
Christian BALOGH
Nikitsch
50

BGM.in
Claudia SCHLAGER
Mattersburg
50

VBGM.in
Tanja ILLEDITS
Ollersdorf
50

VBGM.
Jürgen HOFER
Deutschkreutz
50

VBGM.
Johann REINPRECHT
Rust
50

Zur Sache!

Mag. Herbert Marhold
1. Landesgeschäftsführer

Liebe Gemeindevertreterinnen!
Liebe Gemeindevertreter!

Viel wird dieser Tage über die Künstliche Intelligenz (KI) diskutiert. Wird sie uns Jobs wegnehmen? Welche Bereiche des Lebens wird sie treffen? Sind auch Städte und Gemeinden vom Einsatz der KI betroffen. Ich habe versucht, die KI selbst zu befragen. Bei ChatGPT (einem der frei zugänglichen Anbieter in diesem Bereich) habe ich die Frage eingegeben: „Was bedeutet KI für die Gemeinden und Städte?“ Lesen sie selbst, was die KI dazu gemeint hat: *„Künstliche Intelligenz (KI) hat das Potenzial, einen erheblichen Einfluss auf Gemeinden und Städte zu haben. Hier sind einige Aspekte, wie KI die städtischen Bereiche beeinflussen könnte:*

1. ***Verkehr und Mobilität:*** *KI kann dazu beitragen, den Verkehrsfluss in Städten zu verbessern. Intelligente Verkehrsmanagementsysteme können Verkehrsströme analysieren und optimieren, um Staus zu reduzieren und die Effizienz des Verkehrs zu steigern. Darüber hinaus könnten autonome Fahrzeuge und intelligente Transportsysteme den öffentlichen Nahverkehr revolutionieren.*
2. ***Energieeffizienz:*** *KI kann bei der Optimierung des Energieverbrauchs in Städten eine Rolle spielen. Intelligente Gebäudeautomationssysteme können den Energieverbrauch in städtischen Gebäuden überwachen und steuern, um die Effizienz zu verbessern. KI kann auch helfen, erneuerbare Energiequellen wie Solar- und Windkraft optimal zu nutzen.*
3. ***Öffentliche Sicherheit:*** *KI kann dabei unterstützen, die öffentliche Sicherheit zu verbessern. Durch die Analyse von Überwachungsvideos und anderen Datenquellen können Muster erkannt werden, die auf potenzielle Sicherheitsbedrohungen hinweisen. KI-gestützte Algorithmen können auch dabei helfen, schneller auf Notrufe zu reagieren und die Einsatzkräfte effizienter zu koordinieren.*
4. ***Städtische Dienstleistungen:*** *KI kann die Effizienz und Effektivität städtischer Dienstleistungen verbessern. Chatbots und virtuelle Assistenten können Bürgeranfragen automatisiert beantworten und Informationen bereitstellen. KI-gestützte Systeme können auch bei der Verwaltung von städtischen Ressourcen wie Müllentsorgung, Wasserversorgung und Stadtplanung unterstützen.*
5. ***Soziale Dienste:*** *KI kann auch in sozialen Diensten eingesetzt werden, um die Bedürfnisse der Bürger besser zu verstehen und ihnen maßgeschneiderte Unterstützung anzubieten. Zum Beispiel könnten Chatbots oder virtuelle Assistenten in der Lage sein, Anfragen zu sozialen Programmen zu bearbeiten und Bürger bei der Navigation durch den bürokratischen Prozess zu unterstützen.“*

Es ist wichtig zu beachten, dass der Einsatz von KI in Gemeinden und Städten ethische Fragen aufwirft, wie Datenschutz, Transparenz und Fairness. Es ist entscheidend, dass KI-Systeme verantwortungsvoll entwickelt und eingesetzt werden, um sicherzustellen, dass sie den Bedürfnissen und Werten der Gemeinden entsprechen und niemanden benachteiligen.

Man sieht also, KI reflektiert sich nicht selbst, aber sie ist in der Lage, ihr zukünftiges Aufgabenfeld in den Kommunen klar zu umreißen und auch uns als Gemeindeverantwortlichen Bürokratie und sich wiederholende Arbeiten abzunehmen – sie wird aber keine Revolution in den Kommunen auslösen.

Mag. Herbert Marhold
1. Landesgeschäftsführer

Gemeinde Sieggraben: Mehrheit für Feuerwehr-Standort im Zentrum

In Sieggraben (Bezirk Mattersburg) wurde am Mitte Juni eine Volksbefragung durchgeführt: Es ging um den Standort des neu zu bauenden Feuerwehrhauses. Knapp 72 Prozent sprachen sich im Rahmen der Volksbefragung für den Standort im Zentrum der Gemeinde aus, der auch von SPÖ-Bürgermeister Andreas Gradwohl präferiert wird. Er hat aber im Gemeinderat keine Mehrheit. Die hält die ÖVP.

Insgesamt nahmen in der Gemeinde 616 der 1.132 Wahlberechtigten an der Volksbefragung teil. Die Wahlbeteiligung lag somit bei 54,8 Prozent. 601 Stimmen waren gültig. Insgesamt sprachen sich 432 Personen (71,88 Prozent) für einen Standort in der Gemeinde, 167 (27,79 Prozent) für einen Standort im Bereich des Industriezentrums und zwei (0,33 Prozent) für einen Standort im Bereich des Spielplatzes Eisengraben aus. Allerdings sind Ergebnisse von Volksbefragung nicht bindend.
Bürgermeister Andreas Gradwohl ordnete das Ergebnis der Befragung als „klares Stimmungsbild" ein. Die SPÖ sprach sich vor der Volksbefragung dafür aus, das Feuerwehrhaus gleich neben dem alten zu errichten, im Ortszentrum, nur wenige Gehminuten vom Gemeindeamt entfernt. Vizebürgermeister Anton Taschner von der ÖVP-Sieggraben wollte den Ausgang der Befragung nicht näher kommentieren. Offen bleibt weiterhin, ob das Ergebnis der Volksbefragung auch umgesetzt wird. Im Gemeinderat hat die ÖVP mit zehn Mandaten eine Mehrheit, die SPÖ hat neun, stellt aber den Bürgermeister. Für SPÖ-Bürgermeister Gradwohl ist klar, dass hier der Wille des Volkes umgesetzt werden sollte.

Bürgermeister Andreas Gradwohl

Foto: SPÖ Bgld.

Bundesvorstandssitzung des GVV Österreich in Wien: *Anfang Mai lud der GVV Österreich, die Dachorganisation aller SPÖ-GemeindevertreterInnenverbände Österreichs, zu einer regulären Bundesvorstandssitzung in Wien. In den neuen Klubräumlichkeiten des SPÖ-Nationalratsklubs trafen sich die 25 VertreterInnen aus fast allen Bundesländern sowie Vertreter des Städtebundes, um die wichtigsten Themen der Kommunalpolitik zu diskutieren. Hauptthema waren der anstehende Finanzausgleich, aber auch die sehr angespannte Personalsituation in den Gemeinden, vor allem im Bereich der Elementarpädagogik. Geleitet wurde die Sitzung von GVV Österreich Vorsitzenden NR Bgm. Andreas Kollross und seinem Bundesgeschäftsführer Martin Giefing aus Neudörfl im Burgenland. Für den GVV Burgenland delegiert sind die Vizepräsidentinnen Ulrike Kitzinger und Renate Habetler. Ebenfalls diesmal mit dabei die beiden GVV Landesgeschäftsführer Mag. Herbert Marhold und Patrick Hafner.* Foto: GVV Burgenland

Bürgermeister Rüdiger Knaak

Foto: SPÖ Bgld.

Forchtenstein: Da capo für Bgm.-Stichwahl

Der Verfassungsgerichtshof (VfGH) hat der von der ÖVP Forchtenstein eingebrachten Anfechtung der Bürgermeisterstichwahl in Forchtenstein (Bezirk Mattersburg) vom Oktober 2022 stattgegeben. Die Wahl ist ab dem Zeitpunkt vor der Kundmachung der engeren Wahl zu wiederholen, so der VfGH. Das bedeutet, nur die Stichwahl um das Bürgermeisteramt muss wiederholt werden. Die Wahl zum Gemeinderat bleibt davon unberührt. Die Wahlleiterin der Gemeindewahlbehörde hatte damals im Herbst 2022 den Wahlakt, entgegen den Bestimmungen der Gemeindewahlordnung, eigenmächtig geöffnet und dann unverschlossen zur Bezirkswahlbehörde gebracht. Dies verstoße, so der VfGH, gegen das Gebot der sicheren Verwahrung der Wahlakte. Wiederholt werden muss die Wahl in Forchtenstein spätestens Anfang Oktober 2023.

Die beiden Kandidaten in der Stichwahl sind wie im Herbst 2022: Alexander Knaak (SPÖ) und Josef Neusteurer (ÖVP). Damals gewann Knaak die Stichwahl sehr knapp, mit fünf Stimmen Vorsprung. Der Bürgermeister bleibt bis zur Angelobung des durch die Wahlwiederholung gewählten Bürgermeisters im Amt, so die Landeswahlbehörde. Knaak will nun zunächst die Begründung für die Aufhebung genau studieren. GVV-Präsident Trummer: „Rüdiger Knaak hat bisher sehr klug und besonnen agiert und die Gemeinde bis dato hervorragend geführt. Ich gehe davon aus, dass er die neuerliche Stichwahl gewinnen wird. Wir werden ihn jedenfalls, so wie schon bisher, tatkräftig unterstützen."

Verdiente Kommunalpolitiker für ihr Engagement geehrt

Im Rahmen der Landeskonferenz des GVV Burgenland im Lisztzentrum in Raiding am 25. Feber wurden allen ausgeschiedenen VizebürgermeisterInnen, BürgermeisterInnen sowie den ausgeschiedenen GVV-VizepräsidentInnen für ihre Verdienste gedankt. Da es nicht allen Geehrten möglich war, an der Konferenz teilzunehmen, wurden einige Ehrungen in den Bezirken nachgeholt.

Vzbgm. a.D. Florian Hofstetter aus Hornstein mit GVV Bezirksvorsitzenden des Bezirks Eisenstadt-Umgebung, Bgm. Michael Lampel

Vzbgm. a.D. Gerhard Wein aus Purbach (oben) und Vzgbm. a.D. Martin Mileder (unten) aus Oslip erhielten die Auszeichnung vom 1. GVV-Landesgeschäftsführer Mag. Herbert Marhold überreicht

Bgm. a.D. Viktor Hergovich (links) aus Trausdorf und Vzgbm. a.D. Norbert Rauhofer aus Müllendorf bekamen ihre GVV-Ehrenurkunden und die GVV Ehrennadeln in Gold bzw. in Silber nachträglich von GVV Bezirksvorsitzenden des Bezirks Eisenstadt-Umgebung, Bgm. Michael Lampel, überreicht

Bgm. a. D. Heinz Heidenreich wurde von GVV LGF Mag. Herbert Marhold und der SPÖ-Bezirksparteivorsitzenden des Bezirks EU, LHStv. Mag.ª Astrid Eisenkopf, ausgezeichnet

Der ehemaligen Vizebgm. Josef Jost aus St. Martin a.d.R. erhielt von GVV-Präsidiumsmitglied Bgm.in Andrea Reichl und dem 2. GVV-GF Patrick Hafner die Auszeichnung überreicht

Mariasdorf: GVV-Vizepräsidentin Bgm.in Renate Habetler und Bgm. Wolfgang Nothnagel übergaben Vizebgm. a.D. Hans Prisching die Ehrennadel des GVV Burgenland Fotos: GVV Burgenland

Nachgeholte Ehrungen der Landeskonferenz 2023 im Bezirk ND (v.l.n.r.): Bgm. LAbg. Kilian Brandstädter, Landesrätin Mag.ª (FH) Daniela Winkler, Vzbgm. a.D. Hans Hackstock, Vzbgm. a.D. Matthias Mayer (beide Gols), Vzbgm.in a.D. Karin Darnai (Kittsee), Bgm. a.D. Hans Schrammel (Gols), Bgm. a.D. Helmut Huber (Wallern), Bgm. LAbg. Gerhard Bachmann und Bgm. NR Maximilian Köllner

Hunderte Delegierte nahmen am Österreichischen Gemeindetag in Innsbruck teil um wichtige kommunale Themen zu besprechen und sich zu vernetzen

Fotos: GVV Burgenland

SPÖ Gemeindevertreterinnen und am Gemeindetag in Innsbruck ein

Im Rahmen des österreichischen Gemeindetages in Innsbruck veranstaltete der Sozialdemokratische GemeindevertreterInnenverband Österreich (GVV Ö) ein Treffen für Sozialdemokratische KommunalpolitikerInnen. Rund 100 Personen aus ganz Österreich sind der Einladung gefolgt. Auch der GVV Burgenland war prominent am Gemeindetag und am SPÖ-Empfang vertreten.

Viele SpitzenpolitikerInnen der SPÖ waren anwesend. So zum Beispiel der Tiroler Landeshauptmann-Stellvertreter, Georg Dornauer, Nationalrat und GVV Österreich Bundesvorsitzender Andreas Kollross oder die EU-Abgeordnete Theresa Bielowski. Auch aus dem Burgenland waren zahlreiche VertreterInnen anwesend. Unter anderem GVV-Präsident Erich Trummer , die GVV-Vizepräsidentinnen Renate Habetler und Ulrike Kitzinger sowie GVV Vorstandsmitglied und SPÖ Bezirksvorsitzender Fabio Halb. Ziel des Empfangs war eine bessere Vernetzung innerhalb der sozialdemokratischen Kommunalfamilie quer durch Österreich.

Am Gemeindetag selbst ging es hauptsächlich um die gerade laufenden Verhandlungen zum Finanzausgleich, bei dem sich die Städte und Gemeinden deutlich mehr Geld vom Bund erwarten. Auch hier wurde die burgenländische Position „Jede Bürgerin/jeder Bürger muss gleich viel wert sein!“ seitens der GVV Burgenland VertreterInnen eingebracht. Beim letzten FAG wurde die Forderung des GVV Burgenland nach dem Strukturfonds ja umgesetzt und dieser soll auch diesmal besser dotiert und valorisiert werden. Die GVV Burgenland Führung meint dazu: „Der Gemeindetag bietet jedes Jahr wieder die Möglichkeit, sich mit Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitikern aus ganz Österreich auszutauschen. Das ist ein sehr wertvoller Erfahrungsschatz. Auch das Signal der SPÖ-GemeindevertreterInnen wird jedes Jahr stärker und das freut uns!“

Präsident Erich Trummer im Gespräch mit Bgm. Fabio Halb aus Mühlgraben

Die zahlreichen Gäste nutzen das Treffen um sich in gemütlichen Rahmen auszutauschen: Hier Bgm. Marc Happel aus Grafenschachen

Vertreter aus Neudörfl beim Empfang des Sozialdemokratischen GemeindevertreterInnenverbands Österreich: Gemeindevorstand und GVV Bundesgeschäftsführer Martin Giefing mit dem Leiter des Gemeindeamtes OAR Robert Haider

GVV Burgenland Präsident Erich Trummer, GVV-Vizepräsidentinnen Ulrike Kitzinger sowie GVV Vorstandsmitglied und SPÖ Bezirksvorsitzender Fabio Halb mit dem Tiroler Landeshauptmann-Stellvertreter Georg Dornauer, Nationalrat und GVV Österreich Bundesvorsitzenden Andreas Kollross und weiteren TeilnehmerInnen

Gemeindevertreter setzen starkes Signal

Gute Stimmung beim Empfang des Sozialdemokratischen GemeindevertreterInnenverbands Österreich im Rahmen des Gemeindetages

Das Burgenland war am Gemeindetag in Tirol stark vertreten, GVV Burgenland Präsident Erich Trummer führte die Delegation an

VRV 2015: Novelle ist ab 2024 umzusetzen

Am 13. April 2023 wurde nach umfangreichen Vorarbeiten die Änderung der Voranschlags- und Rechnungsabschlussverordnung 2015 (VRV 2015) kundgemacht. Mit dieser Novelle ist gleichzeitig auch die Evaluierung der bisherigen Erfahrungswerte aus der VRV 2015 erfolgt, die für die Länder und Gemeinden seit dem Finanzjahr 2020 anzuwenden ist.

Die Bestimmungen der Novelle sind erstmals bei den Voranschlägen und Rechnungsabschlüssen für das Finanzjahr 2024 anzuwenden. Weil die ersten Vorarbeiten für den Voranschlag 2024 bei den Städten und Gemeinden oftmals bereits Anfang September beginnen, sind die Städte und Gemeinden, die Landesgesetzgeber, die Softwareanbieter und die Kommunalakademien in den Ländern wieder enorm gefordert, diese Neuerungen fristgerecht umzusetzen und die erforderlichen Schulungsmaßnahmen einzuleiten.

Sollten Gemeinden oder Städte bereits im Jahr 2022 einen Voranschlag für das Finanzjahr 2024 beschlossen haben, sind die Bestimmungen der Novelle ab dem Finanzjahr 2025 anzuwenden. Für einen möglichen Nachtragsvoranschlag 2023 sowie den Rechnungsabschluss 2023 gelten jedenfalls noch die Bestimmungen der derzeit gültigen VRV 2015.

Niedrige Schwellenwerte bis Ende 2023 verlängert

Die bis 30.06.2023 festgelegten niedrigen Schwellenwerte des Bundesvergabegesetzes wurden bis zum 31.12.2023 verlängert. Aufträge im Bau-, Liefer- und Dienstleistungsbereich können weiterhin bis zu einem Wert von 100.000 Euro direkt vergeben werden. Ohne diese Verlängerung wäre die Wertgrenze für die Direktvergabe mit Jahresende auf 50.000 Euro gesunken. Auch die drei Angebote die man, laut Erlass der Gemeindeabteilung des Landes, immer einholen musste, sind nicht mehr zwingend notwendig. Der GVV hat sich immer für eine unbefristete Lösung eingesetzt.

GVV-Kommunalstammtische landauf, landab

„Durchs Reden kommen d'Leut zam", heißt es. Der GVV Burgenland hat landauf, landab wieder zu seinen Kommunalstammtischen eingeladen.

Eingeladen dazu waren alle Bürgermeisterinnen und Bürgermeister, Vizebürgermeisterinnen und Vizebürgermeister sowie die Ortsparteivorsitzenden des jeweiligen Bezirks. Unter dem Vorsitz der GVV Bezirksvorsitzenden wurden wichtige Themen der Kommunalpolitik wie Finanzausgleich, Teuerung, Strompreise und Bezirksthemen diskutiert.
In allen Bezirken wurden Stammtische abgehalten – bis auf den Bezirk EU, wo eine zeitnah eine SPÖ Bezirkskonferenz mit LH Doskozil stattfand, die zur Besprechung wichtiger Themen genutzt wurde.

Im Bezirk Mattersburg folgten zahlreiche Kommunalpolitiker der Einladung des GVV. Im Rahmen des Stammtisches wurde Inge Posch-Gruska als GVV Bezirksvorsitzende von Nachfolgerin Bgm.in Ulrike Kitzinger und dem SPÖ-Bezirksvorsitzenden LAbg. Bgm. Dieter Posch verabschiedet

Rege diskutiert wurde bei den Stammtischen in den Bezirken Oberwart (links) und Güssing (rechts) Fotos: GVV Burgenland

Auch die Kommunalstammtische in den Bezirken Neusiedl (links) und Jennersdorf (rechts) waren gut besucht

Zum Zeitpunkt des Kommunalstammtisches im Bezirk Oberpullendorf war das Rennen um den Vorsitz in der Bundes-SPÖ noch offen und die Teilnehmerinnen und Teilnehmer ließen keine Zweifel offen, wer auf ihre Unterstützung zählen kann

Städtetag 2023 in Bad Ischl und Empfang des GVV Österreich: *Im Rahmen des 72. Österreichischen Städtetages in Bad Ischl in Oberösterreich fand auch ein Empfang des GVV Österreich für die SPÖ GemeindevertreterInnen statt. Ziel dieses Empfanges, der auch regelmäßig am Österreichischen Gemeindetag stattfindet, ist es, die SPÖ GemeindevertreterInnen österreichweit immer besser zu vernetzen. Organisiert wurde der Empfang von GVV Österreich Vorsitzenden NR Bgm. Andreas Kollross und seinem Bundesgeschäftsführer Martin Giefing aus Neudörfl. Für den GVV Burgenland mit dabei war Landesgeschäftsführer Mag. Herbert Marhold. Ebenfalls aus dem Burgenland mit dabei Mattersburgs Bürgermeisterin Claudia Schlager, Neusiedls Bürgermeisterin Elisabeth Böhm sowie Bgm. Dieter Posch aus Neudörfl. Der Städtetag in Bad Ischl selbst wurde von 1300 Delegierten und Gäste besucht und stand ganz im Zeichen der Finanzierung der Städte und Kommunen.* Foto: GVV Burgenland

SPÖ: Babler neuer Bundesvorsitzender

Andreas Babler ist neuer SPÖ-Bundesparteivorsitzender. Auf Andreas Babler entfielen 317 Stimmen. Auf Hans Peter Doskozil entfielen 280 Stimmen. Ungültig waren fünf Stimmen. In Prozent ergibt das: Andreas Babler 52,66 Prozent, Hans Peter Doskozil 46,51 Prozent, ungültig waren 0,83 Prozent der Stimmen. Das Ergebnis wurde nach einer turbulenten Wahl von der Wahlkommission unter der neuen Leitung von Klaudia Frieben – nach genauer Überprüfung und unter notarieller Beglaubigung durch Dr. Philipp Nierlich – verkündet. Babler appellierte an die Mitglieder, WählerInnen sowie UnterstützerInnen der SPÖ, sich mit Ideen, Herzblut und Leidenschaft einzubringen.

NEBA
NETZWERK BERUFLICHE ASSISTENZ
BETRIEBSSERVICE

IST IHRE GEMEINDE AUF DER SUCHE NACH GEEIGNETEN ARBEITSKRÄFTEN?
NUTZEN SIE DAS POTENZIAL VON MENSCHEN MIT BEHINDERUNGEN!

Ein kostenloses und unbürokratisches Beratungs- und Serviceangebot

✓ **BASISINFORMATIONEN ERHALTEN**
- rechtliche Rahmenbedingungen
- Fördermanagement und steuerliche Begünstigungen
- Tools für erfolgreiche **Beschäftigung und Absicherung** von bereits bestehenden Dienstverhältnissen

✓ **SUPPORT BEIM RECRUITINGPROZESS**
- Bedarfsermittlung
- Zielgruppenspezifische Ausschreibung
- Begleitung beim Recruitingprozess

Gemeinden mit über 100 Mitarbeiter:innen
Mag.ª Eva Briese | 0664 428 08 54

Gemeinden mit unter 100 Mitarbeiter:innen für Bezirke ND, EU und MA
Paul Krejcerik, MA | 0664 858 05 97

Gemeinden mit unter 100 Mitarbeiter:innen für Bezirke OP, OW, GÜ und JE
Andrea Pinkernell | 0664 835 08 75

NEBA ist eine Initiative des Sozialministeriumservice

www.betriebsservice-bgld.at
www.betriebsservice.info

Gemeinsamer Europatag mit dem Deutschen Städte- und Gemeindebund: Zu einem zweitägigen Arbeitsbesuch von Vertreterinnen und Vertretern des Deutschen Städte- und Gemeindebundes kam es Ende April in Wien. Dort trafen sie mit VertreterInnen der österreichischen Spitzenverbänden zusammen. . Für die SPÖ Fraktion im Gemeindebund nahm der 1. Landesgeschäftsführer des GVV Burgenland, Mag. Herbert Marhold, teil.

Foto: GVV Burgenland

Kommunale Strukturen und Finanzen stärken

Im Rahmen der Sitzung des Bundesvorstandes am 69. Österreichischen Gemeindetag in Innsbruck wurde parteiübergreifend eine Resolution zur Absicherung der finanziellen Rahmenbedingungen aller Kommunen beschlossen. Es soll der Anteil der Gemeinden an den Ertragsanteilen von derzeit 11,849 Prozent auf 14,5 Prozent erhöht werden. Außerdem soll der Strukturfonds zur Unterstützung finanzschwacher Gemeinden auf 150 Millionen Euro angehoben und wertgesichert werden. Gefordert wird auch eine deutliche Aufstockung des Pflegefonds.

Im Schulbereich sollen Gemeinden von der Pflicht der Bereitstellung von pädagogischem Personal in ganztägigen Schulformen entbunden werden. Die Kosten der Digitalisierung des Unterrichts seien außerdem zur Gänze vom Bund zu tragen, heißt es in der Resolution. Im elementarpädagogischen Bereich sollen den Gemeinden auch die finanziellen Mittel zur Verfügung stehen, um die vielen Vorgaben und Anforderungen von Bund und Ländern erfüllen zu können.

Ein Thema, das die Gemeinden und Städte seit Jahren fordern, soll nun bis Ende 2024 umgesetzt werden: die Reform der Grundsteuer. „Der GVV Burgenland hat viele seiner Positionen – die auch in einer Arbeitsgruppe im Land mit dem Land Burgenland laufend abgestimmt werden – einbringen können“, betont GVV Burgenland Präsident Erich Trummer.

Hochwertige Infrastruktur für Olbendorfer Feuerwehr

In Olbendorf wurde das runderneuerte Feuerwehrhaus nach einem Jahr Bauzeit fertiggestellt .

In Olbendorf wurde Anfang Mai das umgebaute und erweiterte Feuerwehrhaus eingeweiht. In den Monaten davor wurde ein Garagen-Stellplatz, eine Werkstatt, ein Atemschutzpflegeraum, ein Bereitstellungsraum, eine WC-Anlage und ein Hochlager mit einer Fläche von 150 Quadratmetern zugebaut. Im bestehenden Objekt wurde die Umkleide erweitert. Sämtliche Arbeiten wurden von regionalen Firmen durchgeführt. Die Feuerwehr Olbendorf wurde 1927 gegründet und verfügt heute über einen Mitgliederstand von 54 Aktiven – davon vier Frauen, 14 Jugendliche und sieben in Reserve.
Die voraussichtlichen Kosten für die Renovierung belaufen sich auf rund 590.000 Euro.

Landesrat Heinrich Dorner, FKDT OBI Romeo Malits, LFKDT LBD Ing. Franz Kropf, FKDT-Stellvertreter OBI Wolfgang Knor, BFKDT-Stv. BR Martin Geißegger und Bgm. Wolfgang Sodl (v.l.) vor dem neuen Feuerwehrhaus
Foto: LMS Burgenland

Glückwünsche zum 50er: *Präsident Erich Trummer und GVV Vorstand Bgm. Jürgen Karall gratulieren GVV Vorstand Vzbgm. Jürgen Hofer aus Deutschkreutz im Beisein seiner Gattin und seiner Eltern mit Alt-Bgm. Willi Hofer zum 50. Geburtstag*
Foto: GVV Burgenland

Festakt „100 Jahre Burgenland“ im Schloss Esterházy in Eisenstadt: *Das Burgenland feierte im Jahr 2021 seine 100-jährige Zugehörigkeit zu Österreich. Der als Höhepunkt im Veranstaltungsreigen geplante offizielle Festakt des Landes Burgenland, aufgrund der COVID-19-Pandemie 2021 verschoben, wurde nun im Schloss Esterházy in Eisenstadt nachgeholt. Landeshauptmann Hans Peter Doskozil empfing mehr als 300 Fest- und Ehrengäste, darunter Bundespräsident Alexander Van der Bellen, Bundesminister Martin Polaschek, den kroatischen Außenminister Gordan Grlic Radman, S.E. Daniel Gluncic sowie den Botschafter der Republik Kroatien im Haydnsaal des Schlosses. Unter den Festgästen waren auch GVV Burgenland Präsident Erich Trummer, SPÖ LGF Roland Fürst und zahlreiche Kommunalpolitiker* Foto: LMS

KIG 2023 – Zweckzuschussmittel stehen bereit

Im November des letzten Jahres wurde das neue Kommunalinvestitionsgesetz (KIG 2023) im Nationalrat beschlossen, nun können seit Mitte März 2023 auch die Mittel des neuen KIG 2023 abgerufen werden.

Das KIG 2023 teilt sich in zwei Tranchen. Die ersten 500 Millionen Euro an Zweckzuschussmitteln mit „grünem Schwerpunkt“, die sogenannten §-2-Mittel, sowie die zweiten 500 Millionen Euro, die sogenannten §-5-Mittel. Diese entsprechen den aus dem KIG 2020 bekannten 18 Investitionskategorien und können bereits seit Jänner 2023 über das entsprechende Online-Formular auf www.buchhaltungsagentur.gv.at beantragt werden.

Zweckzuschussmittel können bis 31.12.2024 abgerufen werden

Generell gilt: Das Abrufen der den Gemeinden zustehenden Zweckzuschussmittel – von jeweils zweimal rund 50 bis 60 Euro pro Einwohner – ist bis 31. Dezember 2024 möglich. Die Förderquote von zweckzuschussfähigen Projekten beträgt auch gemäß dem KIG 2023 maximal 50 Prozent, das heißt, die zweite Hälfte der Finanzierung für Projekte müssen Kommunen selbst aufbringen. Geförderte Projekte erfordern den Projektbeginn bis 31. Dezember 2025 und bis 31. Dezember 2026 die Durchführung samt Übermittlung der Endabrechnung an die Buchhaltungsagentur des Bundes.

Das Gesetz sieht hier vier Verwendungszwecke vor (Details zu den einzelnen Verwendungszwecken können auf der GVV-Homepage unter „Aktuelles“ nachgelesen werden):

1. **Effizienter Einsatz von Energie – thermische Sanierung und LED-Beleuchtung**
2. **Einsatz und Umstieg auf erneuerbare Energieträger – Wärmepumpe, PV-Anlage, E-Fahrzeug, Ladeinfrastruktur & Co**
3. **Ausbau und Dekarbonisierung von Fernwärme- und Fernkältesystemen**
4. **Weitere Energiesparmaßnahmen**

Allen §-2-Zweckzuschüssen ist gemein, dass allfällige weitere Bundesförderungen für dasselbe Projekt – abgewickelt etwa über die KPC oder die FFG – an die Buchhaltungsagentur zu melden sind. Gemeinden können damit auch Vereine bei Energiekostensteigerungen unterstützen.

Neben den §-2-Mitteln sind die sogenannten §-5-Mittel ebenfalls mit 500 Millionen Euro dotiert. Diese obliegen im Gegensatz zu den §-2-Mitteln dem ausschließlichen Verantwortungsbereich des Finanzministeriums.

Aufgrund der Energiekrise wird im aktuellen Kommunalinvestitionsgesetz ausnahmsweise ermöglicht, dass die Gemeinden aus beiden Töpfen (§ 2 und § 5 KIG 2023) jeweils fünf Prozent, also insgesamt zweimal 25 Millionen Euro, an Zweckzuschussmitteln für die Förderung der gestiegenen Energiekosten insbesondere von Vereinen bzw. Organisationen mit gemeinnützigen, mildtätigen Zwecken im Sinne der BAO heranziehen können. Auch hier gilt die maximal 50-prozentige Förderquote des Bundes. Zum Beispiel kann die Gemeinde die Förderung der gestiegenen Energiekosten des Sportvereins je zur Hälfte aus KIG-2023-Mitteln und aus eigenen Mitteln übernehmen.

100 Jahre Burgenland. *Unter dem Vorsitz von Landeshauptmann Hans Peter Doskozil fand Anfang Juni die ordentliche Landeshauptleutekonferenz im nordburgenländischen Andau statt. Finanzausgleich, Schwellenwerteverordnung sowie Gesundheit und Pflege standen im Mittelpunkt der Tagung.* Für das neue Finanzausgleichsgesetz, das derzeit mit dem Bund ausverhandelt wird, drängen die Landeshauptleute auf eine Erhöhung des vertikalen Schlüssels bei der Verteilung der gemeinschaftlichen Bundesabgaben auf 24,959% für die Länder und 14,550% für die Gemeinden. Ein weiteres zentrales Thema der Konferenz betraf die Verlängerung der Schwellenwerteverordnung. Foto: LMS Burgenland

Mindestlohn bei Saison- und Ferialjobs

Die Entlohnung bei Ferialpraktikanten sowie bei Saisonarbeitern im kommunalen Bereich wirft immer wieder Fragen auf.

Folgende Vorgangsweise wird empfohlen: Für einen im Außenbereich tätigen Ferialpraktikanten wird zu einer Einstufung mit einem Ausmaß von 50 % von bh5 geraten, für eine im Innenbereich tätige Praktikantin zu einer Einstufung mit einem Ausmaß von 50 % von bv5. Außerdem sollten Ferialpraktikanten bei der ÖGK angemeldet werden.

Bei Saisonarbeitskräften mit Vollzeit wird zumindest eine Einstufung in bh5 empfohlen, Facharbeiter in bh3.

Lange Nacht des Co-Working im Burgenland

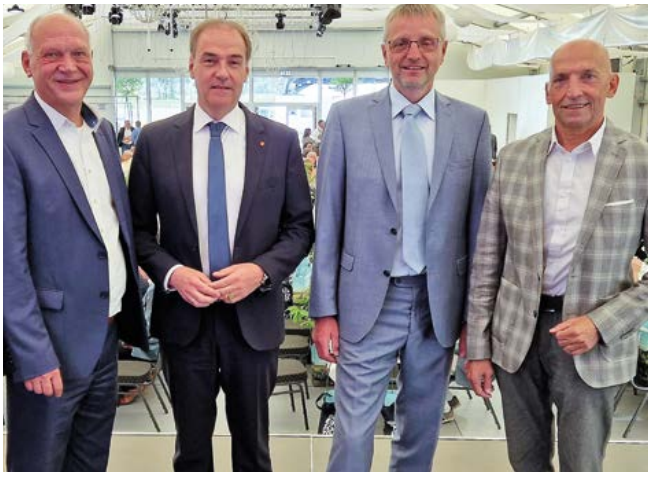
Am 27. Juni fand die „Lange Nacht der Co-Working Spaces im Burgenland“ statt. Interessierte konnten sich über die Praxis, Vor- und Nachteile und die Möglichkeit selber aktiv zu werden informieren. Teilnehmer waren: LAND:RAUM (Burgauberg), Sonnenland Teamspace (Oberpullendorf), Cowork Leithaland (Leithaprodersdorf), Bworking (Eisenstadt) und Easydesk in Mattersburg.

Weniger Bürokratie: Burgenland soll das „schnellste Bundesland“ werden

Die diesjährige Jahreshauptversammlung der burgenländischen Amtmänner und Amtfrauen fand Mitte Juni im Bezirk Jennersdorf statt. Neben statutarischen Notwendigkeiten stand auch der Austausch mit den politischen Verbänden auf dem Programm.

Zur 73. Jahreshauptversammlung des Fachverbandes kamen die Amtmänner und Amtfrauen aus dem ganzen Land in Jennersdorf zusammen. Die Themen reichten von allgemeinen Fragen der Verwaltung bis zu einem Ausblick auf geplante Neuerungen. Tagungsgast Landesrat Leonhard Schneemann kündigte eine umfangreiche Bürokratie- und Gesetzesreform an, mit dem Ziel, die Bürgerinnen und Bürger sowie die Wirtschaft im Land zu entlasten – durch eine Vereinfachung der bürokratischen Vorgänge, weniger Reibungsverluste sowie schnellere, einfachere und kompetente Verfahren. Schneemann: „Das kleinste Bundesland als schnellstes Bundesland!“

Für den GVV Burgenland vertrat GVV-Präsidiumsmitglied Wolfgang Sodl Präsident Trummer, der aus terminlichen Gründen diesmal nicht teilnehmen konnte. Ebenfalls mit dabei der 2. Landesgeschäftsführer des GVV, Patrick Hafner.



GVV-Präsidiumsmitglied Wolfgang Sodl mit Landesrat Leonhard Schneemann, Peter Pohl,Landesobmann des Fachverbandes der burgenländischen Amtmänner und Amtfrauen, und Gemeindebund-Burgenland Präsident Leo Radakovits

Sommercamps für ukrainische Kinder – Gemeinden und Regionen gesucht

Wie schon 2022 sollen unter Schirmherrschaft des Ausschusses der Regionen und des ukrainischen Städtebundes auch heuer ukrainische Kinder für einige Wochen echte Sommerferien erleben dürfen. Dafür sind Gemeinden und Länder gesucht, die nicht nur Verpflegung und Unterkunft zur Verfügung stellen, sondern auch ein Programm organisieren.

Ausschuss der Regionen und ukrainischer Städtebund helfen interessierten Gebietskörperschaften mit best-practice Beispielen und Hintergrundinformation. Ziel der Aktion ist es, Gruppen von Kindern und Jugendlichen zwischen 6-17 Jahren sowie die nötige Anzahl an ukrainischen Begleitpersonen für vier Wochen oder länger einzuladen. Dafür sind neben einem entsprechenden Programm, Unterkunft, Verpflegung, Krankenversicherung und psychologische Betreuung in der Muttersprache der Kinder vorzusehen. Anforderungen also, die wahrscheinlich nicht auf Gemeindeebene, aber möglicherweise in Zusammenarbeit von Bundesland und Gemeinde erfüllt werden können. Auch die Anreise von der ukrainischen Grenze bis zum Sommercamp ist von den Gastgebern zu organisieren. AdR und sein ukrainischer Partner bringen Nachfrage und Angebot zusammen.

Badegewässerbericht: Bestnote für Österreich

Laut dem jährlichen EU-Badegewässerbericht zählt Österreich weiterhin zu den TOP-Badedestinationen. Fast 97% der geprüften Badegewässer sind in exzellentem Zustand.

Es gehört zu den Ritualen vor den Sommerferien: Die Veröffentlichung des EU-Badegewässerberichts. Wie schon in der Vergangenheit zählen die österreichischen Badeseen, Flussbäder und Teiche zu den saubersten Badegelegenheiten europaweit. Von 260 geprüften Gewässern erhielten 256 die Bestnote, kein einziges wurde als schlecht eingestuft. Dies ist auch insofern bemerkenswert, als im EU-Schnitt nur 79% der Binnengewässer exzellente Wasserqualität aufweisen. Küstenbadeorte schneiden grundsätzlich besser ab, können im europäischen Durchschnitt (89%) aber auch nicht mit der Qualität österreichischer Gewässer mithalten.

Zukunftsumfrage des Ausschusses der Regionen

Zum bereits dritten Mal führt IPSOS im Auftrag des AdR eine Umfrage unter Lokal- und Regionalpolitikern zur Rolle der Gemeinden und Regionen in der EU durch. Maßgeblich geht es darin um EU-Förderungen zur Krisenbewältigung, Ukraine-Hilfe und Mitsprachemöglichkeiten.

Die Online-Umfrage lässt sich in ca. 10 Minuten abschließen und befasst sich im ersten Teil damit, ob und wie EU-Förderungen etwa aus der Regionalpolitik oder Next Generation EU auf lokaler Ebene ankommen und welche Umwelt- und Klimaschutzmaßnahmen in Vorwegnahme der Green-Deal Gesetzgebung von Gemeinden und Regionen bereits gesetzt wurden. Ein weiterer Fragenkomplex befasst sich mit den EU-Wahlen, Einflussnahme und Mitsprachemöglichkeiten lokaler und regionaler Gebietskörperschaften in Brüssel und Straßburg.

Die Auswertung der Umfrage wird im Rahmen der Europäischen Woche der Städte und Regionen im Oktober präsentiert.

Umgebungslärmrichtlinie – Österreich unter Beobachtung

Österreich hat die Revision der Umgebungslärmrichtlinie aus 2020 nicht fristgerecht umgesetzt und befindet sich nun in der zweiten Stufe eines EU-Vertragsverletzungsverfahrens.

Die 2020 in Kraft getretene Revision der Umgebungslärmrichtlinie betrifft v.a. Anpassungen an den technischen und wissenschaftlichen Fortschritt, z.B. durch neue Bewertungsmethoden für Lärmindizes. Österreich hat jetzt zwei Monate Zeit, auf das Schreiben der Kommission zu reagieren, andernfalls könnte Klage erhoben werden.

Abwasserrichtlinie – Italien riskiert Strafzahlung

Aktuell wird die Revision der kommunalen Abwasserrichtlinie verhandelt, Italien riskiert jedoch eine Strafzahlung wegen mangelnder Umsetzung der Richtlinie aus 1991. Im Aostatal und auf Sizilien gibt es weiterhin Gemeinden ohne ausreichende Abwasserbehandlung. Die Umsetzung der Richtlinie aus 1991 wäre 1998 fällig gewesen. 2014 verklagte die EU-Kommission Italien erstmals wegen mangelnder Umsetzung in 41 Gemeinden. Die Klage endete mit einer Verurteilung (ohne Strafzahlung) und einer neuerlichen begründeten Stellungnahme der Kommission im Jahr 2018. Da Italien auch daraufhin mit der landesweiten Umsetzung der Richtlinie säumig war, wird nun neuerlich geklagt. Bei einer Verurteilung ist mit täglich fälligen Pönalen zu rechnen.

30 Jahre gemeinsamer Nationalpark Neusiedler See-Seewinkel / Fertö-Hanság: Der grenzüberschreitende Nationalpark Neusiedler See - Seewinkel feiert heuer sein 30-jähriges Bestehen. Im Rahmen eines Familienfestes am 24. Juli wurde auch der neu gestaltete Außenbereich beim Nationalparkzentrum in Illmitz die eröffnet. Auf österreichischer Seite ist Illmitz die Gemeinde mit dem größten Anteil am Nationalpark. 40.000 Besucherinnen und Besucher kommen jährlich ins Nationalparkzentrum. Weitere 1.300 nehmen an Exkursionen und Schulprogrammen teil. Er ist von unschätzbarem Wert für den Schutz und Erhalt von Biodiversität und erfüllt auch einen Bildungsauftrag. Zugleich ist er ein wichtiger Wirtschaftsfaktor und mit aktuell 28 Beschäftigten und etwa 30 Rangerinnen und Rangern ein großer Arbeitgeber in der Region. Nationalpark-Direktor Johannes Ehrenfeldner, Landeshauptmann Hans Peter Doskozil, Landeshauptmann-Stellvertreterin Astrid Eisenkopf und Bürgermeister NR Maximilian Köllner (Illmitz) freuten sich über die zahlreichen Gäste beim Familienfest. *Foto: LMS*

GVV-Altbürgermeister besuchen neues Parlament in Wien

Angeführt von GVV Altpräsident Ernst Schmid verbrachten insgesamt sechs ehemalige Bürgermeister aus dem Bezirk Eisenstadt-Umgebung Mitte Mai einen Tag im Parlament in Wien. Verabschiedet in Eisenstadt wurden sie von SPÖ-Bezirksvorsitzender Mag. Astrid Eisenkopf, SPÖ-Bezirksgeschäftsführer Bgm. Richard Frank sowie GVV-Landesgeschäftsführer Mag. Herbert Marhold.

Foto: GVV Burgenland

I M P R E S S U M

Medieninhaber und Verleger:
Sozialdemokratischer Gemeindevertreterverband
Permayerstraße 2, 7000 Eisenstadt
www.gvvbgld.at
Redaktion: GVV Burgenland
Druck: Druckzentrum Eisenstadt, Graphische Werkstatt GmbH, Mattersburgerstr. 23c, 7000 Eisenstadt
P.b.b. Verlagspostamt: 7000 Eisenstadt
Zulassungsnummer: 02Z034036 M